

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 3

Artikel: Zur politischen Lage der Türkei
Autor: Spectator
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159541>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Ordensburgen und SS-Männern auf und stellten sich zu der verkalkten «Zunft», d. h. zu der Mehrheit deutscher Historiker, in scharfen und bewußten Gegensatz. Mich selbst hat dieser Schwarm als «Saboteur» verketzert, als ich 1938 auf dem Zürcher Internationalen Historikertag es wagte, der politischen Entgleisung eines deutschen Kollegen offen entgegenzutreten, hat meine Auslandsvorträge verhindert und mich als Reaktionär bei der Partei verdächtigt — es war der organisierte Terror innerhalb der Wissenschaft. Eben dies war etwas wirklich Neues. Die nationalsozialistische Historie hat nicht nur geirrt oder übertrieben, wie die Historie früherer revolutionärer Zeiten: sie hat bewußt die Grenzen zwischen Wissenschaft und Propaganda, d. h. zwischen Wahrheitstreben und Bereitschaft zur Lüge verwischt. Ging das noch lange so fort, so wurde das Geschichtsbild des deutschen Volkes für immer verwüstet und hoffnungslos verwirrt.

Möchte es noch nicht zu spät dazu sein, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen! Was der Historiker auf deutschen Hochschulen heute erlebt, ist ein unvorstellbar großer Hunger nach reiner Kost, nach echter Wahrheit, unverfälscht durch Vorurteile von rechts oder von links — ist das Verlangen, nach so viel aufgeregtem Geschrei und Propagandagerede nun endlich die ruhige Stimme echter Wissenschaft zu vernehmen und von ihr sich führen zu lassen durch das Dickicht einer grenzenlosen Verwirrung aller historischen, politischen und sittlichen Begriffe. Was möchte man lieber, als dieser Jugend helfen können! Keine Aufgabe kann schöner und dankbarer sein — auf keiner ruht aber auch ein höheres Maß von politischer und sittlicher Verantwortung.

Zur politischen Lage der Türkei

Von Spectator

Wie schon so häufig im Laufe der Geschichte ist die Türkei wieder einmal in den Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses gerückt. Waren es vor etwa Jahresfrist die — formal freilich unoffiziellen — Forderungen Russlands, die sich auf gewisse Ostprovinzen sowie eine «gemeinsame» Kontrolle der Meerengen bezogen, so in jüngster Zeit die amerikanischen Subventionen, die den Blick der Öffentlichkeit auf das Land richten, das kraft seiner einzigartigen geographisch-strategischen Schlüsselposition bald zum internationalen Zankapfel wird, bald als Ausgleichsfaktor wirkt.

So genau aber auch die «Eingeweihten» um die militärische Bedeutung von Bosporus und Dardanellen, zum Teil auch — freilich schon in geringerem Maße — um die potentiellen und aktuellen Wirtschaftskräfte des Landes Bescheid wissen, so unzulänglich oder

geradezu falsch sind häufig die Vorstellungen, die man sich vom innenpolitischen und gesellschaftlichen Leben der jungen Republik macht. Aus diesem Grunde erscheint es nicht unangebracht, einige der bedeutsamsten Faktoren, Institutionen und Persönlichkeiten zu schildern, die heute das politische Gesicht der Türkei bestimmen.

I.

Mit der vom «Vater» der Republik, *Kemal Atatürk*, inaugurierten und 1923 zum siegreichen Abschluß geführten Nationalen Revolution optierte die Türkei eindeutig und endgültig für das, was man in diesem Lande verallgemeinernd «Europa» oder den «Westen» nennt. Sie wandte sich, m. a. W., bewußt von «Asien» ab, obgleich 97 % des Staatsgebiets mit 92 % der Bevölkerung zum asiatischen Anatolien gehören.

Die *Regierungsform*, die man wählte, ist vielleicht am ehesten der des aufgeklärten Absolutismus zu vergleichen; zwar gibt es ein Parlament, bei dem verfassungsrechtlich alle Hoheitsrechte liegen und das auch den Staatspräsidenten wählt, aber faktisch ist die Lage doch so, daß letzterer eine schlechthin entscheidende Rolle in allen innen- und außenpolitischen Fragen spielt. Von «Diktatur» zu sprechen wäre freilich ebenso verfehlt wie das herrschende System nun etwa als «Demokratie» im angelsächsisch-französischen Sinne anzusprechen.

Die *Europäisierungstendenz* äußerte sich im übrigen zunächst darin, daß man in weitestem Maße europäische Gesetze en bloc oder mit geringen Modifikationen übernahm (so das schweizerische Obligationenrecht, das italienische Strafrecht und das deutsche Handelsrecht), daß man Schleier und Fez verbot und westliche Kleidung vorschrieb und daß man die arabischen Lettern durch die lateinische Schrift ersetzte. Dazu trat dann das Bestreben, sich eine moderne Industrie zu schaffen und das Bildungswesen im westlichen Sinne zu reformieren. Man gründete eine nationale Notenbank, sowie, weitgehend unter staatlicher Initiative oder Beihilfe, Textil-, Zucker-, Zementfabriken u. dgl. mehr, man errichtete gut ausgestattete Universitäten und andere Hochschulen und baute den Volks- und Mittelschulapparat stark aus. Um sich ein Bild von der Größe der zu bewältigenden Aufgaben machen zu können, muß man bedenken, daß vor zehn Jahren noch etwa vier Fünftel der Bevölkerung Analphabeten waren.

Daß man bei diesen Reformbestrebungen zumindest im Anfang auf die Mithilfe ausländischer Spezialisten angewiesen war, versteht sich von selbst. Auch heute noch finden sich Ausländer in nicht geringerer Zahl in beratenden Stellungen von z. T. erheblicher Bedeutung. Aber das hindert nicht, daß die Regierung bestrebt ist, für alle leitenden Posten so schnell wie möglich türkische Anwärter heranzu-

bilden. Begabten jungen Leuten wird daher auch in großzügiger Weise ein mehrjähriger Studien- und Ausbildungsaufenthalt im Auslande ermöglicht.

Aber ungeachtet aller Erfolge, die auf vielen Gebieten im Hinblick auf die Europäisierungstendenz erzielt worden sind, wäre es natürlich falsch, zu meinen, man könne ein Land, das jahrhundertelang unter völlig anderen Bedingungen gelebt hat, nun im Laufe eines knappen Menschenalters vollkommen umgestalten. Trotz Schrift- und Trachtenreform, trotz Schulzwang und Industrialisierung, trotz «Laizismus» (Entthronung des Islams als Staatsreligion) usw. bleibt die große Masse der anatolischen Bevölkerung doch noch weitgehend den Lebens- und Denkgewohnheiten der Vergangenheit verhaftet, und selbst viele Angehörige der gebildet-städtischen Schicht, denen Europa aus eigener Anschauung bekannt ist, haben jene Gewohnheiten nicht völlig abzustreifen vermocht. Ob das ein Vorzug oder ein Nachteil ist, soll hier nicht untersucht werden. Sicher ist jedoch, daß manche Reformmaßnahmen, da zu radikal oder zu überstürzt vorgenommen, weitgehend auf dem Papier stehen geblieben sind. Als Beispiel dafür diene das Familienrecht. Trotzdem nur kirchlich geschlossene Ehen von diesem als ungültig bezeichnet werden und Polygamie strengstens untersagt ist, haben sich die alten Traditionen auf diesem Gebiete in verschiedenen Gebieten bis auf den heutigen Tag erhalten. Die Folge davon ist u. a., daß der Staat alle paar Jahre ein Amnestiegesetz erlassen und diejenigen Kinder, die aus nicht standesamtlich geschlossenen Erst- oder Zweitehen entspringen, legitimieren muß.

Daß die Haltung der meisten türkischen Kreise *nationalistisch* ist, kann kaum Wunder nehmen. Großenteils ist dieser Nationalismus als Reaktion auf die entwürdigende Behandlung zu verstehen, welche die Türken zur Zeit des Osmanenreiches vielfach im eigenen Lande durch Ausländer erfuhren. (Daß derartige Dinge bei zahlreichen Männern, die während und nach der Nationalen Revolution eine führende Stellung einnahmen, tiefgreifende Wirkungen erzeugt haben, erhellt etwa aus der Einleitung zu dem bemerkenswerten «Atatürk»-Buch des Diplomaten und Dichters *Yakup Kadri Karaosmanoglu*.) Daneben ist aber zu bedenken, daß das Europa, das man sich doch als Beispiel und Vorbild wählte, in den letzten Dezennien nicht eben das Muster einer humanitären Toleranz darstellte. Das herrschende Mißtrauen gegenüber dem Ausländer — beim anatolischen Bauern und Kleinstädter z. T. noch zusätzlich aus religiösen Dogmen gespeist — erklärt sich aber nicht nur aus den Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch aus der mehr oder minder stark empfundenen «Andersartigkeit», die ihrerseits — nicht einmal immer zu Recht — Anlaß zur Entstehung von Minderwertigkeitskomplexen gibt.

All das spielt auch eine Rolle bei der *Haltung gegenüber den Minderheiten*, wobei hier auf die Untersuchung der sehr komplexen Schuldfrage verzichtet werden soll. Begnügen wir uns mit der schlichten Feststellung, daß ungeachtet aller formalen Gleichberechtigung die Armenier, Griechen und Juden (insgesamt gibt es etwa 250 000 Christen und 80—90 000 Israeliten, die zusammen rd. 1,5 % der Bevölkerung repräsentieren) in mannigfacher Hinsicht eine differenzierende Behandlung erfahren. Diese äußert sich u. a. darin, daß Angehörige von Minderheiten *de facto* keine Offiziere werden können, ja nicht einmal mit der Waffe wie andere Soldaten ausgebildet werden, daß ihnen die meisten Staatsstellungen verschlossen sind und dergleichen mehr. Besonders kraß trat die Differenzierung gelegentlich der Vermögensabgabe des Jahres 1942 zu Tage, die übrigens nicht nur gegen die eigenen Minoritäten, sondern zugleich generell gegen die Ausländer gerichtet war und die von weiten Kreisen als «Vollendung der nationalen Revolution» von 1921 ff. gefeiert, von nicht wenigen Türken freilich auch als unmoralisch und darüber hinaus als schwerer politischer Fehler empfunden wurde. In der Tat hat diese im einzelnen häufig von recht unerfreulichen Umständen begleitete Maßnahme zur Folge gehabt, daß das in der jungen Generation der betroffenen Kreise gerade in der Entfaltung begriffene Vaterlandsgefühl eine schwere Beeinträchtigung erfuhr und neuerdings wieder eine Absonderungstendenz zu Tage trat, wie sie im Osmanischen Reich schon durch die Tatsache bekundet wurde, daß die Minderheiten zumeist die Landessprache gar nicht oder nur höchst unvollkommen beherrschten. Darin ist nun freilich durch die Schulreformen ein grundlegender Wandel eingetreten; im Gegensatze zu ihren Eltern und Großeltern, die so gut wie ausschließlich Armenisch, Griechisch oder Französisch bzw. Spaniolisch (eine Art mittelalterliches Spanisch) sprechen, vermag sich die armenische, griechische und jüdische Jugend nunmehr korrekt in Türkisch auszudrücken.

In diesem Zusammenhange sei ein Wort über die *Sprachfrage* gestattet. Parallel zur Schriftreform wurde eine Sprachreform eingeleitet, die nach Radikalität und Reichweite kaum ihresgleichen haben dürfte. Beseelt von dem Wunsche, im Zuge der allgemeinen Verwestlichungstendenzen nicht nur die arabischen Lettern, sondern auch die zahllosen arabisch-persischen Wörter auszumerzen, die sich im Laufe der Jahrhunderte — zumindest in der Gebildetensprache — Heimatrecht erworben hatten, begann eine von der Regierung eingesetzte Sprachreinigungskommission einen energischen Feldzug zur Türkifizierung der Sprache. Dieser hatte zur Folge, daß im Laufe eines Dezenniums Zehntausende von Wörtern durch neue ersetzt wurden, die entweder (angeblich oder tatsächlich) echt türkischen Ursprungs waren oder aber neu konstruiert bzw. nach westlichen (speziell

französischen) Vorbildern geformt wurden. Die Folge ist, daß in mancher Hinsicht eine geradezu babylonische Sprachenverwirrung eingetreten ist, daß die ältere und die jüngere Generation sich nurmehr schwer verstehen und die vor etwa zwei Jahrzehnten erschienene Literatur (von der älteren zu schweigen) der Jugend bereits weitgehend verschlossen ist.

Ergänzend sei bemerkt, daß sich auch hinsichtlich des *ausländischen Einflusses* auf dem Gebiete der schöngestigten und wissenschaftlichen Literatur charakteristische Wandlungen abzeichnen. Wie in so vielen anderen Ländern des Nahen Ostens herrschte auch in der Türkei bis vor etwa zehn Jahren durchaus das Französische vor: alle Gebildeten vermochten diese Sprache zu lesen und fließend zu sprechen, französischer Einfluß äußerte sich weitgehend im Verwaltungs- und Schulwesen, und eine Reise nach «Europa» war nahezu identisch mit einer Reise nach Paris oder der französischen Riviera. Darin änderte sich vieles zur Zeit des «Dritten Reichs»; z. T. im Zusammenhang mit der immer intensiveren Gestaltung des deutsch-türkischen Warenaustauschs begannen nunmehr viele junge Leute an deutschen Hochschulen zu studieren, deutsche Werke wurden in steigender Zahl übersetzt, und auch die Berufung von mehreren Dutzend (vorwiegend emigrierter) deutscher Professoren und Hilfskräfte an die 1933 reformierte Istanbuler Universität sowie verschiedene Ankaraer Hochschulen u. dgl. verdient in diesem Zusammenhange Erwähnung. In den letzten Jahren machte sich dann eine abermalige Wandlung bemerkbar. Die außenpolitische Annäherung an die angelsächsischen Mächte brachte zwangsläufig auch in wirtschafts- und kulturpolitischer Hinsicht manche Veränderungen mit sich; das Englische, das früher kaum eine Rolle spielte, dringt rasch vor, und es ist wohl möglich, daß es — bei Andauern der gegenwärtigen politischen Entwicklung — in einigen Jahren eine ähnliche Bedeutung erringen wird, wie sie vor kurzem noch dem Deutschen, bzw. dem Französischen zukam.

II.

Nicht nur wegen seiner Stellung als Reichspräsident, sondern auch wegen der faktischen Bedeutung der Rolle, die er spielt, ist auf die Persönlichkeit *Ismet Inönü* hinzuweisen. Die Gerechtigkeit gebietet, die großen Schwierigkeiten anzuerkennen, die diesem Manne aus der Tatsache erwachsen, daß er Nachfolger eines Politikers von weit überdurchschnittlichen, ja dämonisch-genialen Fähigkeiten ist. Erfolgreicher Heerführer wie *Atatürk*, und — speziell auf außenpolitischem Gebiete — mit zweifellosem Scharfsinn begabt, steht er doch wie zu Lebzeiten des Gründers der Republik (dessen Außenminister bzw. Ministerpräsident er lange Zeit war), so auch heute

noch im Schatten des Genies, dem das ganze Volk in einer ans mystisch-religiöse grenzenden Verehrung anhing und das es nicht zu vergessen vermag. Anders als *Atatürk* ist *Inönü* vorwiegend General geblieben, dem das Verständnis speziell für die Bedeutung wirtschaftlicher, vielfach auch der «Flair» für innenpolitische Entwicklungen abgeht. Sein faktischer Einfluß ist außerordentlich groß, nicht zuletzt dank seiner engen Verbindung zur Volkspartei, deren lebenslanger Vorsitzender er ist. Gerade in letzter Zeit ist allerdings diese Verbindung lebhaften Angriffen seitens der Opposition ausgesetzt gewesen, nach deren Ansicht die Stellung eines Reichspräsidenten überparteilich zu sein hat und daher die Loslösung von jeder parteipolitischen Bindung erfordert.

Die Mitglieder der Regierung sind Männer, die faktisch des unbedingten Vertrauens des Präsidenten bedürfen. Zu Beginn des Krieges war ein Arzt, *Dr. Refik Saydam*, Ministerpräsident: eine wohlmeinende, aber politisch nicht eben starke Persönlichkeit; nach seinem Tode übernahm der frühere Justiz- und Außenminister *Şükrü Saracoğlu* die Ministerpräsidentschaft, die er bis zum Sommer des vergangenen Jahres innehatte. Obwohl *Saracoğlu* von Hause aus ein Nationalökonom ist, der sich in manchen internationalen Finanzverhandlungen bewährt hatte, ist unter seiner Regierung eine Wirtschaftspolitik befolgt worden, für deren verhängnisvolle Resultate man ihn wohl mit Recht weitgehend direkt verantwortlich macht. Außenpolitisch als scharfer Russenfeind bekannt, vermochte er immerhin das Staatsschiff nicht ungeschickt durch die Klippen der Kriegszeit hindurchzusteuern. Innenpolitisch freilich fehlte ihm die Fähigkeit, das Volk für irgendwelche Ideale zu begeistern oder — anlässlich der Generalwahlen im Frühsommer 1946 — den Weg zu einer wahren Demokratie zu ebnen.

Sein Nachfolger, *Recep Peker*, nunmehr seit einem Jahre im Amte, galt bei Volk und Partei als «starker Mann». In der Tat ist *Peker* mit einer für seine Jahre ungewöhnlichen Energie und Arbeitsfreudigkeit begabt. Aber es erscheint zweifelhaft, ob dieser frühere Offizier seiner ganzen Geisteshaltung nach in der Lage ist, die komplizierten Gegenwartsprobleme auf innen- und wirtschaftspolitischem Gebiete zu meistern. Im Grunde ist der heutige Regierungschef vermutlich der etwas primitiven Auffassung, man könne die Wirtschaft durch straffe, eindeutige «Befehle» in ähnlicher Weise in die gewünschte Richtung einschwenken lassen wie etwa eine Kompanie Soldaten, und einen ähnlichen Geist atmen seine Maßnahmen gegenüber den demokratischen Strömungen, wobei freilich ein aus innerer Unsicherheit kommendes Schwanken nicht zu verkennen ist. Gewisse außenpolitische Äußerungen beweisen, daß ihm jenes Finger-

spitzengefühl abgeht, dessen die Führung der Regierungsgeschäfte heute mehr denn je bedarf. Unter seinen Mitarbeitern wird man eine überragende Begabung vergeblich suchen.

• Von den Persönlichkeiten der Volkspartei, die in der Vergangenheit einen großen Einfluß besaßen und die vielleicht in Zukunft abermals eine Rolle zu spielen bestimmt sind, seien hier noch *Fuat Agrali*, *Nurullah Esat Sümer* und *Hasan Ali Yücel* erwähnt. *Fuat Agrali* war in einer großen Anzahl von Kabinetten Finanzminister und hat sich in dieser Eigenschaft zweifellos erhebliche Verdienste erworben, wenngleich er — weitgehend unter dem Einflusse französischer Doktrinen stehend — primär fiskalistisch denkt. Teils wegen seiner Stellung als solcher, teils wegen der Art, wie er diese und seine Erfahrungen auszunutzen verstand, war er jahrelang einer der führenden Köpfe; seinen Fall führten privat-persönliche Schwächen herbei, und es ist nur durch parteipolitische Interessen zu erklären, daß eine öffentliche Skandalaffäre vermieden wurde. Sein Nachfolger *Nurullah Esat*, dessen Familiennname auf seine frühere Tätigkeit als Generaldirektor der großen staatlichen Sümer-Bank hindeutet, ist nach Äußerem und Geisteshaltung viel «moderner» als *Agrali*. Er ist außerordentlich gewandt, spricht ein halbes Dutzend fremder Sprachen und hat wiederholt auch das Außenministerium vertretungsweise verwaltet. Er ist der Mann der «mittleren Linie», im guten wie im schlechten zu Kompromissen geneigt. Sein sang- und klangloses Abtreten von der politischen Bühne im vorigen Jahre hat vielfach zu Kombinationen Anlaß gegeben. Sicher ist, daß er nicht als «verbraucht» gelten kann, ja es ist u. E. nicht unmöglich, daß er demnächst einmal in einem Konzentrationskabinett eine führende Rolle zu spielen bestimmt ist. *Hasan Ali Yücel* schließlich, viele Jahre Unterrichtsminister, besitzt in hohem Maße das Vertrauen des Staatspräsidenten, der sich außer für militärisch-ausßenpolitische Dinge relativ am stärksten für Unterrichtsfragen (speziell den ländlichen Volksschulunterricht) interessiert. *Yücel* — namentlich in der letzten Zeit seiner amtlichen Tätigkeit in Erscheinung tretendes — herrisches Wesen und sein scharfes Vorgehen gegen demokratisch-liberale Strömungen haben ihm speziell in der Hochschulgeneration viele Sympathien verscherzt, deren er sich anfänglich erfreuen konnte. Es ist nicht unmöglich, daß gerade jene Eigenschaften ihn manchen für eine führende Rolle in einer Regierung zu empfehlen schienen, die mehr noch als die gegenwärtige Anspruch darauf erheben könnte, «stark» zu sein, das heißt gewillt, den rücksichtslosen Kampf gegen die Opposition aufzunehmen. Ein politischer Prozeß jedoch, in den *Yücel* zur Zeit verwickelt ist und der das überraschende Ergebnis zeitigte, daß der frühere volksparteiliche Minister als «kommunistisch» bezeichnete Hoch- und Mittelschullehrer amtlich förderte, dürfte der

politischen Laufbahn dieses prinzipienlosen Autokraten zunächst ein Ende bereitet haben.

Die Männer, von denen im vorhergehenden die Rede war, gehören ausnahmslos der allein herrschenden Volkspartei an. Von den Oppositionsparteien, deren Bildung man seit einiger Zeit geduldet hat, besitzt nur eine einzige: die Demokratische Partei, eine größere Bedeutung. Ihr Führer ist *Celal Bayar*, früherer Wirtschaftsminister und dann (als Nachfolger *Inönü*, kurz vor *Atatürks* Tode) Ministerpräsident. Die Art, in der er, behutsam Schritt vor Schritt setzend, seine Partei aufbaute und in kurzer Frist erhebliche Erfolge zu erringen verstand, beweist, daß dieser Mann wahrhaft staatsmännische Qualitäten besitzt. Er ist überdies einer der wenigen Politiker des Landes, die Verständnis für wirtschaftliche Probleme besitzen. Sein Programm zeugt davon, daß er die Schäden, die ein übertriebener Interventionismus in einem Lande wie der Türkei anzurichten vermag, klar erkannt hat, ohne einem radikalen Liberalismus das Wort zu reden. Was er und seine Freunde (wie etwa der ausgezeichnete Türkologe Prof. *Fuat Köprülü* — Heidelberger Dr. h. c. — oder *Adnan Menderes* und *Kenan Oner*) wollen, ist alles andere denn «radikal»: es ist eine echte Demokratie nach angelsächsischem Muster, und zwar eine Demokratie, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern faktisch zur Anwendung gelangt. Trotz seines grundsätzlich konzilianten Charakters scheint *Celal Bayar* nicht geneigt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in ein Koalitionskabinett einzutreten, wohl wissend, daß ihm die Machtverhältnisse eine Durchführung seiner Absichten nicht erlauben würden.

Obwohl persönlich eng befreundet mit *Bayar*, gilt *Tevfik Rüstü Aras*, der langjährige Außenminister *Atatürks*, offiziell als «unabhängig». Der gewiegte Diplomat, der auch in Völkerbundskreisen sehr bekannt und geschätzt war, ist heute als «Kommunist» verschrien, da er noch im vorigen Jahre öffentlich die Ansicht vertreten hat, es läge im Interesse der Türkei, sich mit seinem großen östlichen Nachbarn zu verständigen, und da er früher wiederholt Neigungen an den Tag gelegt hat, die man vielleicht als sozialdemokratisch bezeichnen kann. Daß es im Augenblick still um *Aras* geworden ist, braucht nicht unbedingt zu bedeuten, daß die Rolle dieses klugen Kopfes für immer ausgespielt ist. Neben ihm dürfte der gegenwärtige Pariser Botschafter, *Numan Menemencioglu*, das stärkste außenpolitische Talent des Landes sein.

Abschließend sei noch eines Mannes gedacht, der, gleichfalls den Demokraten nahestehend, als «unabhängiger» Abgeordneter in das neue Parlament eingezogen ist: des früheren Generalstabchefs und einzigen Feldmarschalls der Republik, *Fevzi Çakmak*. Verschiedene Vorgänge des letzten Jahres haben gezeigt, daß «der Marschall» (wie

man ihn allgemein im Volke nennt) das Vertrauen der breiten Massen genießt, obwohl oder auch gerade weil er sich immer stärker in Gegensatz zur Volkspartei stellt. Wenn irgend jemand, so kann er als präsumptiver Nachfolger des jetzigen Reichspräsidenten gelten, obgleich er beträchtlich älter ist.

Die Wehrmannsausgleichskassen und die Verteilung des zentralen Ausgleichsfonds

Von Eugen Steiger-Sigg

Der Beschuß der Bundesversammlung, den Milliardenüberschuß der beiden Wehrmannersatzkassen (Lohnersatzordnung und Verdienstersatzordnung) auf Ende 1947 zu verteilen, hat allgemeines Erstaunen im Volke ausgelöst. Die wenigsten Leute waren überhaupt darüber im Bilde, daß sich ein Überschuß von diesem gewaltigen Ausmaße in relativ kurzer Zeit ansammeln konnte.

Zum Verständnis der Sachlage ist es daher angezeigt, kurz auf die Entstehung dieser Kassen zurückzukommen.

Als im Jahre 1939 die Spannungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen immer größer wurden, der Ausbruch eines Krieges immer drohender wurde und auch die Schweiz sich genötigt sah, Vorbereitungen zur Abwehr der möglichen Kriegsfolgen zu treffen, beschäftigte sich der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen intensiv mit der Frage der Form der Unterstützung der Wehrmannsfamilien während der Abwesenheit ihres Ernährers im Aktivdienste. Die während des ersten Weltkrieges in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen waren so unbefriedigend, daß sich eine völlige Neugestaltung aufdrängte. Es mußte eine Organisation geschaffen werden, welche die bisan hin maßgebende *Bedürfnisfrage* ausschaltete und *das Recht auf Lohnausfallentschädigung für alle Wehrmänner* festlegte. Es mußte ein *Solidaritätswerk* geschaffen werden, an welches *die ganze arbeitende Bevölkerung (sowie die Arbeitgeber) prozentual der gesamten Lohnsumme beizutragen hätten*. Die angestellten Berechnungen, welche allerdings auf Schätzungen beruhen mußten, ließen voraussehen, daß mit Beiträgen von 2 % der Lohnsumme, 2 % des Arbeitgebers, 4 % seitens des Bundes und der Kantone ein Werk ins Leben gerufen werden könnte, welches den zu erwartenden Ansprüchen der Wehrmannsfamilien genügen würde. Der Vorschlag wurde den Bundesbehörden unterbreitet, fiel auf guten Boden, fand allgemeinen Anklang, und in kürzester Zeit kam eine Verständigung zustande, welche es dem Bundesrat ermöglichte, den Gedanken in die Tat umzusetzen.